

Presseinformation

9. Oktober 2003

SP NÖ fordert Lehrlingsfonds für junge Menschen ohne Arbeit

Innovationsgipfel für die Ostregion gefordert

Gerade wegen der bevorstehenden EU-Erweiterung werde 2004 am Arbeitsmarkt in Niederösterreich keine Entspannung sichtbar sein, sagte heute Landeshauptmannstellvertreterin Heidemaria Onodi bei einer Pressekonferenz anlässlich der SP-Klubklausurtagung in Krems an der Donau. Sehr viele Menschen würden nach wie vor ohne Arbeit sein. Die Ausbildung junger Menschen, so Onodi, müsse uns besonders am Herzen liegen. In Niederösterreich hätten derzeit 1.505 junge Menschen keine Lehrstelle, bei 371 freien Lehrstellen. Sie fordert deshalb einen Lehrlingsfonds, um damit einen Lastenausgleich zwischen den Betrieben, die Lehrlinge ausbilden, und jenen, die nicht ausbilden, zu schaffen. Einen Lehrlingsfonds gebe es zum Beispiel in Vorarlberg, so Onodi. Weitere Wege zur Verbesserung der derzeitigen Situation seien freiwillige Qualifizierungsverbände, Lehrlingsstiftungen und überbetriebliche Lehrwerkstätten.

Niederösterreich gehe gut vorbereitet in die EU-Erweiterung, befinde sich aber gleichzeitig in einem starken Konkurrenzkampf, meinte SP-Klubobmann Landtagsabgeordneter Hannes Weninger. Jetzt habe man in Kooperation mit der EU eine Ziel-2-Kulisse mit Förderungsmöglichkeiten des Landes und des Bundes, diese würden aber mit Ende 2006 wegfallen. Gleichzeitig würden aber auf der anderen Seite der Grenze neue Ziel-1- und Ziel-2-Förderungsmöglichkeiten entstehen. „Wir werden also eine doppelte Herausforderung haben“, warnte Weninger. Er forderte zudem einen Innovationsgipfel, bestehend aus den Landesregierungen der Bundesländer Niederösterreich, Wien und Burgenland sowie den Sozialpartnern, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, die Ostregion und ihre Verkehrsstruktur so rasch wie möglich auf die EU-Erweiterung vorzubereiten und den Betrieben die Möglichkeit zu geben, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Auch auf politischer Ebene wünschte sich Weninger eine Plattform der Zusammenarbeit zwischen den drei Bundesländern, die mittelfristig durch die neu entstehenden Wirtschaftsräume in Südschweiz, in der Slowakei und in Westungarn erweitert werden sollte.